

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Lateinamerika-Uebersicht. Wer soll was bezahlen?  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095522>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Lateinamerika-Uebersicht

# Wer soll was bezahlen?

Von Alphonse Max

**Wenn lateinamerikanische Regimes ihre fehlende Beliebtheit dadurch wettzumachen suchen, dass sie amerikanischen Besitz entschädigungslos enteignen, so verstärken sie damit wohl kurzfristig ihr nationalistisches Prestige, aber dann fangen die Probleme erst an: Kreditstopp (vielleicht), Kapitalflucht (sicher). Worauf die Sowjetunion, die jetzt schon kräftig investiert, als Retter in der Not einspringen kann, mitsamt den technischen Polit-Experten. Diese Perspektiven zeigt hier unser Korrespondent aus Montevideo auf.**

Die Aufmerksamkeit der lateinamerikanischen Regierungen ist zurzeit besonders auf die USA gerichtet. Wird Washington Lima gegenüber fest bleiben und gemäss dem im Auslandshilfegesetz enthaltenen Hickenlooper-Amendment (das vorsieht, dass kein Land, das amerikanisches Staats- oder Privateigentum ohne angemessene Entschädigung enteignet, Wirtschaftshilfe vom nordamerikanischen Staat erhalten darf), die Hilfe an Peru ab 9. April einstellen, da die peruanische Revolutionsregierung am 9. Oktober die US-Oelgesellschaft IPC enteignete?

## Enteignungen: Mit oder ohne Konsequenzen?

Jose Maria Velasco, der Präsident von Ecuador, hat das Beispiel seines Kollegen und Namenbruders in Peru, General Juan Velasco, nachgeahmt: Die US-Erdölgesellschaft Gulf Oil, ein Tochterunternehmen der Texaco, soll 1 Million Hektaren Land mit den sich darauf befindenden Oelquellen an den ecuadorianischen Staat zurückgeben, da der im Jahre 1964 abgeschlossene Konzessionsvertrag für Oelbohrungen angeblich nichtig sei. Dabei hätte der demagogische Velasco Ibarra, der heute zum fünftenmal auf dem Präsidentensessel Ecuadors sitzt, eigentlich Grund zur Annahme, dass Washington es ernst meint: Als Repressalie für das Aufbringen des nordamerikanischen Fischereifahrzeuges «Day Island», das im vergangenen Dezember innerhalb der 200-Meilen-Grenze, die Ecuador (wie auch Peru, Argentinien, El Salvador und Panama) als seine Hoheitsgewässer betrachtet, fischte, haben die USA ihre Waffenlieferungen an Ecuador eingestellt.

Die lateinamerikanischen Länder nennen diese Art Repressalien «Einmischung in ihre internen Angelegenheiten» und berufen sich auf die Charta der Vereinten Nationen und der Organisation amerikanischer Staaten (OEA), wo die Souveränitätsrechte der Staaten verankert sind. Sie wenden sich an andere Länder, um ihren Bedarf an Kriegsmaterial zu decken. Oder aber sie versuchen Druck auszuüben, indem sie Handelsaustausch und diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufnehmen oder erweitern wie im Fall Peru.

Wenn die USA aus Furcht vor Unpopularität diesem Druck nachgeben sollten, würden sie eine Kettenreaktion auslösen, die alle Staaten Lateinamerikas und auch sonstige Entwicklungsländer mitreissen würde. (Bis jetzt zeigte sich auch Chile solidarisch mit Peru, wie bei der Lektüre eines gemeinsamen Communiqués der Aussenminister beider Länder zwischen den Zeilen zu entnehmen ist.) Sicherlich würden diese Länder es schmerzlich empfinden, wenn die USA sich durchsetzen, denn es handelt sich nicht allein um Kriegsausrüstungen, die sie sich auch woan-

ders beschaffen könnten. Die Entziehung der Zuckerquote (die USA kaufen von mehreren Ländern Zucker zu Preisen, die über dem Weltmarktpreis liegen) und die Abbrechung der staatlichen Wirtschaftshilfe seitens der Vereinigten Staaten würden Peru teuer zu stehen kommen. Das Beispiel Kuba hat bewiesen, dass die UdSSR unter dem Weltmarktpreis einkauft. Vielleicht glauben die Peruaner, den Ausfall an Einnahmen aus dem Zuckerexport mit dem Gewinn aus den enteigneten Unternehmen, für die sie keine Entschädigung zahlen, wettzumachen! Weit gewichtiger wäre jedoch die Wirkung auf die Kapitalsquellen, auf die das Land angewiesen ist. Dies bezieht sich nicht allein auf ausländische Investoren, sondern auch auf nationales Kapital: Man befürchtet, dass der Enteignungsappetit des Staates, einmal angeregt, nicht so leicht zu sättigen sein wird, sollte sein Vorgehen ohne Konsequenzen bleiben. Dies würde die schon bestehende Kapitalflucht aus Lateinamerika noch mehr beschleunigen. Es liegt also nicht allein im Interesse der USA, sondern à la longue auch in demjenigen der lateinamerikanischen Länder selbst (vielleicht nicht so sehr in demjenigen der Regierungen, die mit diesen «nationalistischen» Vorgehen ihre fehlende Popularität wettmachen wollen), dass die Vereinigten Staaten in diesem Fall hart bleiben.

Die Probleme der USA in Lateinamerika geschickt ausnutzend, sind die Russen äusserst rührig auf kommerziellem Gebiet. Ausser dem Handelsabkommen mit Peru unterzeichnete die Sowjetunion vor kurzem einen Handelsvertrag und einen 20-Millionen-Dollar-Warenkredit mit Uruguay. Die kleine Republik am Rio de La Plata soll Maschinen, vor allem aber Schiffe und Ausrüstungen für die Fischerei, von der Sowjetunion erhalten, die seitens Uruguay in Waren bezahlt werden dürfen: In Wolle und Fleisch und ein Minimum von 25 Prozent in fertiggestellten und halbfertiggestellten Konsumgütern.

## Sowjetische Offerten: Uebergebt uns den Verkehr

Das besondere Interesse, das die Sowjetunion für die Lieferung von Ausrüstungen für den Fischfang und die Industrialisierung von Fischen offenbart (in Peru wollen sie eine Bonito-Konservenfabrik errichten), ist ein Teil des Planes, der die sowjetische Beherrschung aller Transportmittel vorsieht — zu Land, See und Luft. Da nicht genügend Handel mit dem Ostblock besteht, um eine grosse Anzahl von Frachtern nach Lateinamerika zu entsenden, beschlossen die Sowjets, Hunderte von Fischereifahrzeugen (ein grosser Teil davon als Spionageschiffe ausgerüstet) in der Nähe der Küsten des Halbkontinents fischen zu lassen. Grosszügig bezahlen die Russen daher auch die manchmal übermässigen Gebühren, die ihnen die Argentinier auferlegen, um innerhalb

der 200 Meilen, die Argentinien als seine Hoheitsgewässer betrachtet, fischen zu dürfen. Innerhalb des betreffenden Planes bieten die Sowjets ausserdem Eisenbahnmateriale, Taxis und Lastwagen sowie Flugzeuge an. In Uruguay werden Bulgarien und Ungarn das staatliche Eisenbahnnetz ausbauen; eine bankrotte private Flugzeuggesellschaft sollte durch den finanziell günstigen Einkauf von sowjetischen Passagierflugzeugen (die zusammen mit den entsprechenden Technikern ins Land geschleust werden sollten), wieder flottgemacht werden, was die Regierung jedoch im letzten Augenblick verhindern konnte. Ähnliche Offerten, die, falls angenommen, die Beherrschung von Land, See und Luft ermöglichen könnten, wurden an fast alle lateinamerikanischen Staaten gemacht.

Andererseits hält die Partisanentätigkeit in Lateinamerika an. Fidel Castro hofft, wieder in die OEA aufgenommen zu werden, und lässt daher seine Guerillas so lange tätig sein, bis er die Auflösung der Partisanenbewegungen (durch Geldentziehung) als Gegenleistung für den Wiedereintritt Kubas in die OEA als Trumpf ausspielen kann.

In Brasilien, Venezuela, Kolumbien und Bolivien müssen die Streitkräfte weiterhin auf der Hut sein, um Terroraktionen zu unterdrücken. In Costa Rica, wo der Kommunismus weder sowjetischer noch chinesischer Prägung bisher spürbar war, wurde zum erstenmal eine kommunistische Partei Pekinger Linie, «Partido de Obreros, Campesinos e Intelectuales», gegründet und beantragte legalen Status vor dem Wahlgericht.

In Uruguay sorgten die städtischen Guerillas «Tupamaros» wieder einmal in der ganzen Welt für Schlagzeilen, indem sie in eine Finanzgesellschaft einbrachen, zirka 24 000 Dollar und die Bücher der Gesellschaft mitnahmen. Die Firma unterliess es, Anzeige zu erstatten, und nachdem die Tupamaros Photokopien mehrerer Seiten der Bücher an die Polizei geschickt hatten, entstand plötzlich ein Brand in dem Büro der Gesellschaft, das die restlichen Bücher zerstörte. Daraus schloss das Publikum, dass die Finanzgesellschaft allen Grund hatte, eine Untersuchung ihrer Bücher zu vermeiden. Dies, zusammen mit der Tatsache, dass die Tupamaros anboten, 6 der 55 Millionen Pesos (220 000 Dollar), die sie im Casino San Rafael des bekannten Bade- und Ferienortes Punta del Este vor kurzem geraubt hatten, zurückzuerstatten, da es sich um Trinkgelder der Angestellten handelte, liess sie nicht als Kriminelle, sondern als eine Art moderner Robin Hoods erscheinen. Leider wird in Lateinamerika denjenigen der grösste Respekt entgegengebracht, die ohne Arbeit zu viel Geld kommen. Man muss jedoch befürchten, dass die Tupamaros (ähnlich wie vor einigen Jahren die argentinischen Terroristen) das Geld nicht, wie sie sagen, der «Bourgeoisie enteignen», um es dem Volk zukommen zu lassen, sondern um Waffen, Munition, Kleidungsstücke, Lebensmittel usw. für die Einrichtung von Partisanenlagern anzuschaffen.

Dadurch, dass Castro in ganz Lateinamerika Partisanen unterhält, entzieht er bedeutende Summen nicht nur der kubanischen Volkswirtschaft, sondern auch den restlichen Ländern des Kontinents: Anstelle von konstruktiven Zwecken müssen in den einzelnen Staaten enorme Summen öffentlicher Gelder zur Guerilla-Bekämpfung eingesetzt werden. ■